



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 14.03.2025 bis 21.03.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Mission zwischen Ramadan und Fastenzeit	3
Deutschland: Kinder hinterlassen Hakenkreuz in einer Kirche	4
Deutschland: Kirchenleitung distanziert sich von Protestaktion	5
Deutschland: Kritik an Landesbischof Gohl nimmt zu	6
Deutschland: Pastorin erlebt übernatürliches Eingreifen Gottes	7
Deutschland: Reminiscere ist der Fürbitte für bedrängte und verfolgte Christen gewidmet	8
DR Kongo: Trotz Friedenserklärungen geht der Krieg im Osten weiter	9
DR Kongo: VEM fordert den Schutz der Menschenrechte im Ostkongo	10
Europa: Bischof - Die Tötung anderer Menschen löst keine Konflikte	12
Indien: Massenproteste gegen Anti-Konversionsgesetz	13
Indien: Staatsbeamter fordert die Todesstrafe für erzwungene religiöse Bekehrungen	14
Libanon: Von Unruhen zerrissen	15
Myanmar: Feuer zerstört die St. Patrick's-Kathedrale	16
Nepal: Christliche Aktivitäten	17
Nigeria: Katholischer Seminarist ermordet	18
Syrien: Mit Gebet gegen Gewalt	19
Syrien: Muslime entführen und foltern möglicherweise Christen	20
Syrien: Open Doors - Kein „Völkermord an Christen“	21
Syrien: Übergangsverfassung soll auf islamischem Recht beruhen	22
Ukraine: Treffen mit den Müttern gefallener Soldaten	24
USA: Satanische Botschaft in vandalisierter katholischer Kirche in Kansas vorgefunden	25

Ägypten: Mission zwischen Ramadan und Fastenzeit

Kairo (Fides) – „Ramadan Karim“ und „Som Mubarak“: das sind die beiden Ausdrücke, um ein gutes Fasten zu wünschen, der erste für Muslime, der zweite für Christen. „Mit dem ersten März begann die muslimische Fastenzeit des Ramadan und einen Tag später die Fastenzeit für die koptischen Christen. Tage des Fastens und des Gebets, die uns, wie wir hoffen, mehr zu Brüdern und Schwestern machen“, schreibt Pater Anselmo Fabiano von der Gesellschaft der Afrikamissionen in einem Bericht an Fides.

„In der Tat wird das tägliche Leben vor allem durch den Ramadan geprägt. Unsere muslimischen Freunde fasten nämlich von der Morgendämmerung bis zur Abenddämmerung, so dass das Leben viel mehr in der Nacht als am Tag stattfindet“, fährt der Missionar fort, der sich derzeit im Dorf Kom Ghareeb aufhält. „Tagsüber fangen die Geschäfte und die verschiedenen Aktivitäten erst sehr spät an, und am Morgen ist es sehr schwierig, jemanden zu finden. Die Kinder und muslimischen Familien bleiben in ihren Häusern und verbringen viel Zeit damit, die zahlreichen Fernsehserien zu sehen, die in dieser Zeit rund um die Uhr ausgestrahlt werden. In der Nacht, gegen 4 Uhr morgens, haben die Kinder die Aufgabe, auf den Straßen zu singen und zu trommeln und alle zu wecken, damit sie vor dem Morgengrauen und dem Beginn des Fastens etwas essen können. Es ist ein großes Abenteuer, sich nach Sonnenuntergang fortzubewegen, denn auf den Straßen findet man Menschen, die einem Essen und Trinken anbieten, um die Freude über das Ende des Tages zu teilen“.

„Für Christen hingegen ist diese Fastenzeit sozusagen durch eine vollständig vegane Ernährung gekennzeichnet, also keine Lebensmittel tierischen Ursprungs, und dauert von Mitternacht bis zur Messe, die in der Regel mittags stattfindet, und zwar 50 Tage lang“, so der italienische Missionar weiter. „Die Fastenzeit ermöglicht es uns, die Erfahrung des Fastens Jesu in der Wüste nachzuvollziehen und unsere Beziehung zu Gott zu stärken. Die Fastenzeit ist eine Erfahrung der Stille, des Gebets und des Almosengebens. Eine kostbare Zeit, um in eine enge Beziehung zum Herrn einzutreten, in der wir auf etwas verzichten, z. B. auf Nahrung, um die wesentliche Gegenwart Gottes in unserem Leben wiederzuentdecken. Eine privilegierte Zeit, die uns dazu bringt, mit Begeisterung die Osterfreude des auferstandenen Christus zu erleben“.

„In dieser Perspektive gehen die Aktivitäten des pastoralen Lebens mit großer Freude weiter, so viele Erfahrungen und so viele Begegnungen, insbesondere die Katechese für Jugendliche und junge Menschen und die Messe im koptischen Ritus, die mir immer vertrauter wird“, bekräftigt Pater Anselmo. „Es ist eine große Freude für mich, besser als früher Arabisch sprechen zu können und mit den Menschen in Beziehung zu treten, ihnen zuzuhören und ihre Freuden und Probleme zu teilen. Kinder sind meine Lieblingslehrer und ich bin immer wieder erstaunt über ihre Bereitschaft und Offenheit, Beziehungen und Freundschaften zu knüpfen.“

Pater Anselmo schließt seinen Bericht mit der Beschreibung des ständigen Austauschs, den er mit Jung und Alt pflegt. „Morgens gehe ich manchmal in den Pfarrkindergarten, der von christlichen und muslimischen Kindern besucht wird, so dass ich inzwischen zur Familie gehöre. Indem ich die Vormittage mit ihnen verbringe, verbessere ich mein Arabisch und bringe ihnen etwas Englisch bei. Ich atme die Schönheit dieses blühenden Lebens ein, eines Dorfes mit so vielen Kindern, und versuche, auf meine bescheidene Weise ein Zeuge des Evangeliums für sie zu sein. Vor ein paar Wochen hatte ich die Gelegenheit, für ein paar Tage nach Kairo zurückzukehren, um dort an einigen Begegnungen teilzunehmen und einige Besorgungen zu machen. Es war mir eine große Freude, die kleine katholische Gemeinde von Shoubra wiederzusehen und mit ihnen die Freude der Eucharistie zu teilen“.

(AP) (Fides 20/3/2025)

Deutschland: Kinder hinterlassen Hakenkreuz in einer Kirche

Quedlinburg: Einen Zeugen bewerfen sie mit Pflastersteinen

Quedlinburg (IDEA) – Drei Kinder haben in und an der evangelischen Kirche St. Benedikti in Quedlinburg (Sachsen-Anhalt) mehrere Straftaten begangen. Wie die Polizei mitteilte, zeichnete eines der tatverdächtigen Kinder am 9. März gegen 12.45 Uhr ein Hakenkreuz in das ausliegende Gästebuch. Anschließend versteckte es sich den Angaben zufolge mit den anderen Kindern in der Kapelle. Ein Zeuge habe die Tat beobachtet und versucht, die Kinder anzusprechen. Diese seien daraufhin aus der Kirche geflüchtet. Anschließend bewarfen zwei der Kinder den Zeugen mit Pflastersteinen, so die Polizei. Der Zeuge blieb demnach unverletzt, die Kirchentür wurde jedoch beschädigt. Der Sachschaden beläuft sich laut Polizei auf rund 1.000 Euro. Die Kinder seien mit Fahrrädern geflüchtet. Laut Zeugenaussagen sind sie zwischen 11 und 13 Jahre alt. Die Polizei sucht nach den Kindern und weiteren Zeugen.

Deutschland: Kirchenleitung distanziert sich von Protestaktion

Bremen: Der Flüchtlingsrat will die Abschiebung von Asylanten nach Kroatien verhindern

Bremen (IDEA) – Die Bremische Evangelische Kirche (BEK) hat sich von einer Protestaktion des Bremer Flüchtlingsrats in den Räumen des Gemeindezentrums Zion distanziert. Der Flüchtlingsrat hatte dazu aufgerufen, sich dort einzufinden, um die Abschiebung mehrerer Asylanten nach Kroatien zu verhindern. In mehreren auf Instagram veröffentlichten Beiträgen erklärte die Organisation, dass ihnen in Kroatien Folter drohe. Dennoch wolle der Bremer Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) Asylanten dorthin abschieben. Der Kirchenausschuss (Kirchenleitung) der BEK ließ dazu mitteilen, dass das Kirchenasyl dazu dienen solle, Menschen vor konkreten Gefahren für Leib, Leben, Freiheit oder vor humanitären Härten zu schützen. Die Kirchenleitung habe im Dezember 2024 mit Mäurer vereinbart, mit dem Instrument des Kirchenasyls besonders achtsam umzugehen, um es auch in Zukunft in der bestehenden Art und Weise zu erhalten. Es gehe dabei um besondere Einzelschicksale, keinesfalls jedoch darum, den Rechtsstaat infrage zu stellen oder um eine systematische Kritik am Dublin-System. Zum Hintergrund: Gemäß dem sogenannten Dublin-Übereinkommen der Europäischen Union aus den 1990er Jahren müssen Flüchtlinge in dem Land einen Asylantrag stellen, das sie in der EU zuerst betreten haben. Wenn sie von dort in ein anderes EU-Land weiterreisen, werden sie zurückgeschickt, es sei denn, die „Überstellung“ erfolgt nicht innerhalb einer bestimmten Frist (in der Regel sechs Monate). In diesem Fall geht die Zuständigkeit für das Asylverfahren auf den Staat über, in dem sich der Bewerber aufhält.

Zionskirche bietet Asylbewerbern mehrfach Obdach

Es ist nicht das erste Mal, dass das Gemeindezentrum der Zionskirche im Zentrum der Auseinandersetzungen um Ausweisungen aus Bremen steht. Erst im Dezember 2024 sollte ein 25-jähriger Somalier aus dem Kirchenasyl der Gemeinde nach Finnland abgeschoben werden. Sie hatte jedoch in einem Härtefalldossier vorgetragen, dort drohe ihm eine schnelle Abschiebung nach Russland ohne faires Verfahren. Diese Argumentation überzeugte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht. In der Nacht auf den 4. Dezember rückten Polizeibeamte an, um den abgelehnten Asylbewerber in ein Flugzeug nach Finnland zu setzen. Doch dazu kam es nicht, weil rund 100 Gemeindemitglieder und Demonstranten den Zugang zum Gemeindezentrum blockierten. Gemeindepastor Thomas Lieberum unterstützte die Aktion, indem er die Glocken der Zionskirche läutete. Nachdem die Polizei wieder abgezogen war, übernachteten Demonstranten in der Kirche, um einen weiteren Abschiebeversuch zu verhindern.

Deutschland: Kritik an Landesbischof Gohl nimmt zu

Württemberg: Immer mehr theologisch Konservative warnen vor Einführung der Homo-Trauung

Stuttgart (IDEA) – Die Kritik am Einsatz des württembergischen Landesbischofs Ernst-Wilhelm Gohl (Stuttgart) für die Trauung gleichgeschlechtlicher Paare nimmt zu. Gohl hatte im November vor der Landessynode erklärt, eine entsprechende Arbeitsgruppe im Oberkirchenrat einzusetzen. Sie soll bis zur Sommersynode 2025 einen Gesetzentwurf vorlegen, der eine [Trauung gleichgeschlechtlicher Ehepaare](#) ermöglicht. Sie können in Württemberg bisher gesegnet, aber nicht getraut werden. Grundlage ist der [Beschluss](#) der Landessynode vom März 2019. Er ermöglicht Segnungsgottesdienste für gleichgeschlechtliche Partner in bis zu einem Viertel der Kirchengemeinden. Voraussetzung ist, dass drei Viertel der Mitglieder eines Kirchengemeinderats und der ihm angehörenden Pfarrer eine öffentliche Segnung befürworten. Bereits im Dezember hatte der Vorsitzende des Süddeutschen Gemeinschaftsverbandes (SV), Johannes Reinmüller (Wolfschlugen bei Nürtingen), den Landesbischof [gebeten](#), seinen Einsatz für die Einführung gleichgeschlechtlicher Trauungen aufzugeben. Über 30 Kirchengemeinderäte hatten sich dieser Kritik [angeschlossen](#).

Offener Brief: Über 170 Unterzeichner fordern Rücknahme des Vorhabens

Nun haben über 170 Pfarrer, Vikare, Theologiestudenten, Synodale und weitere Kirchenmitglieder einen Offenen Brief an Landesbischof, Oberkirchenrat und Synode geschickt. Darin fordern sie ebenfalls, das Vorhaben aufzugeben. Für eine Änderung der aktuell gültigen Regelung gebe es im Übrigen nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit in der Synode, so der Brief, der der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA vorliegt. Zu den Unterzeichnern gehören auch zahlreiche Leiter von theologisch konservativen Werken und Verbänden, darunter der Vorsitzende der „ChristusBewegung Lebendige Gemeinde“, Pfarrer Friedemann Kuttler (Großbottwar bei Ludwigsburg), der Missionsleiter der Liebenzeller Mission, David Jarsetz, der Rektor der Internationalen Hochschule Liebenzell (IHL), Prof. Volker Gäckle (Calw), der Vorsitzende des Liebenzeller Gemeinschaftsverbandes (LGV), Martin Siehler (Vaihingen an der Enz), der Vorsitzende des Evangelischen Gemeinschaftsverbandes Württemberg „Die Apis“, Pfarrer Matthias Hanßmann (Horb am Neckar), der Vorsitzende des Christusbundes, Matthias Köhler (Weilheim an der Teck), der Geistliche Vorsteher der Evangelischen Brüdergemeinde Korntal, Pfarrer Johannes Luithle (Korntal-Münchingen), die Oberin des Diakonissenmutterhauses Aidlingen, Schwester Regine Mohr, und der Direktor des Christlichen Gästezentrums „Schönblick“ in Schwäbisch Gmünd, Pfarrer Martin Scheuermann.

Deutschland: Pastorin erlebt übernatürliches Eingreifen Gottes

„Himmelsperlen International“: Zwei Kinder in Pakistan nach Gebet geheilt

Wetzlar/Lahore (IDEA) – Gottes übernatürliches Wirken ist auch heute noch erfahrbar. Das berichtete die Gründerin und Leiterin des christlichen Missionswerks „Himmelsperlen International“, Pastorin Margret Meier (Sulzbach/Taunus), bei einer Informationsveranstaltung in der Wetzlarer Baptistengemeinde. Sie habe bei einem Einsatz ihres Werkes im Dezember 2024 in Pakistan erlebt, wie nach Gebet ein bis dahin gelähmter Junge begonnen habe, selbstständig zu gehen. Ein zuvor stummer Junge habe angefangen zu sprechen. Meier: „Gott wirkt und handelt durch Gebet.“ Sie gründete das Hilfswerk 2017, nachdem sie 2016 nach 41 Dienstjahren in den Ruhestand getreten war. Durch eine Facebook-Freundschaft zu einer Christin in Lahore in Pakistan kam sie in Kontakt mit einem Haus für Waisenkinder. Die Arbeit hat sich seither massiv ausgeweitet. Aus acht Kindern wurden inzwischen 400, die einen Kindergarten und eine Schule besuchen. Meier gründete zudem eine zweite Schule mit 235 Kindern in Karatschi. Ferner kümmert sie sich darum, dass versklavte Christen, die andernfalls ihr Leben lang Ziegelsteine produzieren müssten, freigekauft werden. Sie schilderte den Fall einer jungen Familie, die jetzt ein eigenes Einkommen durch den Kauf einer Autorikscha (Tuktuk) erwirtschaften kann. Das gesamte Projekt habe 3.200 Euro gekostet. Über 96 Prozent der 247 Millionen Einwohner Pakistans sind Muslime, etwa zwei Prozent Christen. In dem Land gibt es etwa 25 Baptisten- und Brüdergemeinden mit rund 1.250 Mitgliedern.

Auch im Libanon und Syrien aktiv

Darüber hinaus engagiert sich „Himmelsperlen“ in Syrien und im Libanon. Dort ist das Werk in der Stadt Zahlé in Zusammenarbeit mit der dortigen Baptistengemeinde aktiv. Zweimal jährlich versorgt ein Freiwilligenteam deutscher Mediziner verarmte Libanesen und syrische Flüchtlinge. In der syrischen Hauptstadt Damaskus fördert das Werk die örtliche Baptistengemeinde, die ein „Zentrum für Gesundheit und Entwicklung“ eingerichtet hat. Unterstützt wird ein Kindergarten für Waisen und Halbwaisen, es gibt Förderkurse für Schüler, Alphabetisierungsprogramme für Frauen, Trauma-Therapie, Kurse für junge Mütter und Jüngerschaftskurse. In der Stadt Suwayda konnte eine Tochtergemeinde gegründet und ein eigenes Gemeindezentrum erworben werden. Nach den Worten von Meier ist die Arbeit des Werkes überkonfessionell ausgerichtet. Der Jahresetat liegt bei 560.000 Euro.

Deutschland: Reminiscere ist der Fürbitte für bedrängte und verfolgte Christen gewidmet

EKD gedenkt an diesem Sonntag der verfolgten Christen

In diesem Jahr ist der **Irak** Schwerpunktland.

Pastor Heidi Josua hat dazu für die Evang. Landeskirche in Württemberg einen Gottesdienstentwurf mit Predigt geschrieben.

- Gottesdienstentwurf (Anhang)
- Predigt zu Joh 3,14-21 (Anhang)
- Zur Predigt kann eine Powerpoint-Präsentation gezeigt werden (Download von <https://salam-center.de/>)
- Den Wochenspruch Röm 5,8 gibt es als arabische Kalligraphie von Maamun Kamran (hier das Video dazu: <https://youtu.be/ThW0G1Bmekg>)

Das komplette Heft gibt es hier:

https://www.service.elk-wue.de/media/Dezernate/Dezernat_1/mission-oekumene-entwicklung/EM_Broschuere_Verfolgte_Christen_2025_v2.pdf

Außerdem verweisen wir auf die sehr informative Webseite der EKD: <https://www.ekd.de/reminiszeren-2025-verfolgte-christen-irak-jesiden-86296.htm> mit zahlreichen Hintergrundberichten.

Und: Wir haben noch einige Kalender „Christlicher Orient heute“ mit Motiven auch aus dem Irak – lediglich gegen Portospende.

Wir hoffen, dass sich Gemeinden neu für unsere Geschwister im Zweistromland interessieren und begeistern – und dass durch Gottesdienst und Gebet eine geistliche Verbundenheit entsteht.

Quelle: www.salam-center.de

DR Kongo: Trotz Friedenserklärungen geht der Krieg im Osten weiter

Kinshasa (Fides) – Zwar wurde eine mögliche Friedensverhandlung auf den Weg gebracht, aber unterdessen geht der Krieg im Osten der Demokratischen Republik Kongo weiter, wo gestern, am 19. März, die von Ruanda unterstützten M23-Rebellen das Zentrum der Stadt Walikale in der Provinz Nord-Kivu eingenommen haben.

Der Vormarsch der pro-ruandischen Streitkräfte erfolgte am Tag nach einem Treffen zwischen dem ruandischen Präsidenten Paul Kagame und seinem kongolesischen Amtskollegen Félix Tshisekedi Tshilombo in Doha (Katar) in Anwesenheit des Emirs von Katar, Scheich Tamim bin Hamad Al Thani. Zum Abschluss des Treffens wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: „Die Staatschefs bekräftigten das Engagement aller Parteien für einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand, wie er auf dem gemeinsamen EAC-SADC-Gipfel in Dar es Salaam, Tansania, am 8. Februar 2025 vereinbart wurde“. Und weiter „Die Staatschefs waren sich anschließend einig, dass die in Doha begonnenen Gespräche fortgesetzt werden müssen, um eine solide Grundlage für einen dauerhaften Frieden zu schaffen, wie er im Luanda/Nairobi-Prozess vorgesehen ist“. Neben Katar ist auch Angola an der Vermittlung zur Wiederherstellung des Friedens im Osten der Demokratischen Republik Kongo beteiligt.

Trotz der Verhandlungsbemühungen geht der Krieg also weiter, mit Erfolgen für die Rebellenbewegung M23 und ihre Verbündeten. Zwar haben nach Angaben der lokalen zivilgesellschaftlichen Vereinigung ACMEJ (Association against Evil and for the Framing of Youth) die M23-Milizen in der kongolesischen Provinz Südkivu, wo sich die lokalen Selbstverteidigungsmilizen namens „Wazalendo“ (oder Bazalendo) behaupten können, keine nennenswerten Fortschritte gemacht, während unterdessen jedoch in der Provinz Nordkivu nach Angaben der ACMEJ die jüngsten Gebietsgewinne der M23 dadurch begünstigt wurden, dass sich einige „Wazalendo“-Einheiten den pro-ruandischen Kräften angeschlossen haben.

Die M23 hat unterdessen auch neue Verwalter für die kürzlich eroberten Gebiete in den beiden kongolesischen Provinzen ernannt, nach eigenen Angaben, um die Finanz- und Bergbauverwaltung zu stärken und Transparenz in den von ihr kontrollierten Gebieten zu gewährleisten.

In der Zwischenzeit werden die hochrangigen Treffen der gemeinsamen Delegation der katholischen Bischofskonferenz des Kongo (CENCO) und der protestantischen Kirche Christi im Kongo (ECC) fortgesetzt, die ihre Initiative für den Sozialpakt für Frieden und Koexistenz in der Demokratischen Republik Kongo und in der Region der Großen Seen vorstellen. Gestern, am 19. März, wurde die Delegation vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron empfangen, der auf der Plattform X erklärte, dass er die Initiative voll und ganz unterstütze: „Um die aktuelle Krise im Osten des Landes zu überwinden und die Wiederherstellung der kongolesischen Souveränität zu ermöglichen, unterstützt Frankreich den Dialog“.

(L.M.) (Fides 20/3/2025)

DR Kongo: VEM fordert den Schutz der Menschenrechte im Ostkongo

Appell an Konfliktparteien: Die Ursachen angehen

International Christian Concern - Nach einem kurzen Entwurfsprozess, der weniger als zwei Wochen dauerte, hat Syrien eine Übergangsverfassung angekündigt, die das Land in den nächsten fünf Jahren leiten soll.

Das Dokument soll als Rahmen dienen, während sich die Regierung auf reguläre Wahlen im Jahr 2030 vorbereitet. Es folgt auf einen nationalen Dialog im vergangenen Monat, an dem Vertreter aus dem ganzen Land teilnahmen, um den weiteren Weg zu diskutieren.

Die Analyse der Verfassungserklärung lässt darauf schließen, dass die frühere verbale Rhetorik über die Achtung der Rechte von Frauen und religiösen Minderheiten ein wichtiger Pfeiler der neuen Regierung geblieben ist. Dennoch konzentriert das Dokument die Macht auf den Präsidenten und respektiert ausdrücklich das islamische Recht.

„Die Religion des Präsidenten der Republik ist der Islam“, heißt es in Artikel III, und ‚die islamische Rechtsprechung ist die Hauptquelle der Gesetzgebung‘. Diese Formulierung ist etwas schärfer als die vorherige syrische Verfassung, in der das islamische Recht lediglich als eine Quelle unter anderen genannt wurde.

Dennoch erklärt die Verfassung auch den Schutz „aller göttlichen Religionen“ und garantiert das Recht der Menschen, ihre Religion auszuüben, solange diese Praktiken die öffentliche Ordnung nicht stören. Während die praktischen Auswirkungen dieser Bestimmung, so eingeschränkt sie auch sein mag, noch nicht erforscht sind, so scheint sie doch darauf hinzudeuten, dass die Regierung beabsichtigt, Christen und andere religiöse Minderheiten zu tolerieren.

Neben den Bestimmungen zum Schutz der Religionsfreiheit schützen andere Artikel eine Reihe von Menschenrechten, darunter das Recht der Frauen auf Bildung und Arbeit.

Die Ankündigung der Verfassung erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem Syrien von weit verbreiteter Gewalt betroffen ist, die sich auf die mehrheitlich von Alawiten bewohnten Gebiete im Westen des Landes konzentriert. Die Gewalt stellt eine ernsthafte Herausforderung für die Bemühungen der Regierung um die Einigung des Landes dar und deutet darauf hin, dass die seit langem bestehenden Spannungen zwischen den Gemeinschaften nicht so schnell abklingen werden.

Ahmed al-Sharaa, der neue Präsident Syriens, hat in vielen Erklärungen die Tugenden der religiösen Toleranz gepriesen und konkrete Schritte unternommen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Er ist jedoch nach wie vor ein bekennender Anhänger der salafistisch-dschihadistischen Ideologie und hat viel tiefere Wurzeln als ein Verfolger der Religion und nicht als Förderer ihrer freien Ausübung.

„Vielfalt ist unsere Stärke, nicht unsere Schwäche“, erklärte al-Sharaa in einem Edikt, als er Aleppo auf dem Weg nach Damaskus einnahm. Dennoch gingen Kämpfer der HTS Berichten zufolge in Damaskus von Tür zu Tür und fragten die Bewohner nach ihrem Glauben, was darauf hindeutet, dass die Religion weiterhin ein Spannungsfeld darstellt.

Ein Teil der widersprüchlichen Botschaften könnte in der Tatsache begründet sein, dass al-Sharaa und HTS sich schon immer in erster Linie auf den Widerstand gegen das Assad-Regime konzentriert haben, anstatt ihre eigene positive Vision für das Land deutlich zu machen.

Während die internationale Gemeinschaft abwartet, welche Art von Regierung das Assad-Regime ablösen wird, beobachten auch Hunderttausende religiöse Minderheiten in Syrien die Entwicklung.

Für sie ist die Achtung der Religionsfreiheit durch die neue Regierung eine äußerst ungewisse Sache, die sie persönlich betrifft.

Sollte al-Sharaa weiterhin Unterstützung für die Rechte von Christen und anderen signalisieren, wäre das ein grundlegender Wandel zum Besseren. Ein solches Ergebnis ist jedoch alles andere als garantiert, und ein Rückfall in seine alten Gewohnheiten, als er mit der Gruppe Islamischer Staat und al-Qaida zusammenarbeitete, wäre eine Katastrophe für diese ohnehin gefährdeten Gemeinschaften, die unter Assad so sehr gelitten haben.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Europa: Bischof – Die Tötung anderer Menschen löst keine Konflikte

Tilman Jeremias erinnerte an die Bombardierung Swinemündes im März 1945

Kamminke (IDEA) – Militärische Aufrüstung kann niemals die Lösung für Konflikte sein. Diese Ansicht vertrat der Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Nordkirche, Tilman Jeremias, bei einer Veranstaltung zum Gedenken an die Bombardierung von Swinemünde vor 80 Jahren am 12. März. An der Veranstaltung auf dem Gelände der Kriegsgräberstätte Golm in Kamminke (Insel Usedom) nahmen auch Mecklenburg-Vorpommerns Kulturministerin Bettina Martin (SPD) und die Stadtpräsidentin von Świnoujście (Swinemünde), Joanna Agatowska, teil. Sie gedachten dort der Tausenden Toten, die anonym bestattet worden waren. Zum Hintergrund: Am 12. März 1945 hatten 661 US-Bomber die Stadt angegriffen. Dabei kamen nach Schätzungen bis zu 6.000 Menschen ums Leben. Swinemünde gehörte bis 1945 zum Deutschen Reich, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg aber Polen zugeschlagen. Organisiert hatte die Gedenkstunde der zuständige Landesverband des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Der Bischof erinnerte einer Mitteilung zufolge daran, dass in den vielen Gräbern auf dem Golm Kinder und Frauen, Soldaten, Hinterpommern und Ostpreußen lagen. Sie seien mit ihren Trecks in die Stadt geflüchtet, wo sie sich in Sicherheit wähnten, seien dann aber der Bombardierung zum Opfer gefallen.

Jesus hat auf Gewalt verzichtet

Die Geschehnisse von damals seien heute von trauriger Aktualität, so Jeremias weiter. Es erschrecke ihn, „wie selbstverständlich sich unsere Sprache militarisiert hat“ und über Milliarden für die Rüstungsindustrie gesprochen werde. Er glaube auch nicht, dass die Tötung anderer Menschen Konflikte lösen könne. Die Menschheit müsse andere Wege finden. Dafür stehe Jesus, der sehr bewusst auf jede Gewalt verzichtet habe. Ein schönes Zeichen für solche anderen Wege sei es daher, dass Deutsche und Polen an der Gedenkstätte gemeinsam der Opfer von vor 80 Jahren gedenken würden.

Indien: Massenproteste gegen Anti-Konversionsgesetz

Rund 200.000 Christen gehen dagegen auf die Straße

Itanagar (IDEA) – Im hindu-nationalistisch regierten Indien könnte ein umstrittenes Anti-Konversionsgesetz bald in einem weiteren Bundesstaat Anwendung finden. Es stellt Glaubensübertritte unter Strafe, die durch Zwang oder Anreize erfolgen. Gegen ein solches Gesetz gingen rund 200.000 Christen im nordöstlich gelegenen Bundesstaat Arunachal Pradesh unweit der Hauptstadt Itanagar auf die Straße. Hinter den Protesten steckt die ökumenische Initiative „Arunachal Pradesh Christian Forum“ (APCF). Sie befürchtet den Missbrauch des Gesetzes – wie in anderen Bundesstaaten bereits geschehen. Das berichtet unter anderem das christliche Hilfswerk CSW (ehemals Christian Solidarity Worldwide/Christliche Solidarität weltweit). Das Anti-Konversionsgesetz in Arunachal Pradesh wurde bereits 1978 verabschiedet. Da die nötigen Regeln zur Umsetzung aber nie festgelegt wurden, trat das Gesetz nicht in Kraft. Im September 2024 entschied nun ein Gericht, dass dies bis Ende März nachgeholt werden müsse.

Christen: Wir zerstören die indigene Tradition nicht

Auslöser für die geplante Wiederbelebung des Anti-Konversionsgesetzes ist die Petition eines Aktivisten für die Rechte indigener Völker. Der von Gebirgen geprägte Bundesstaat grenzt an Bhutan, die Volksrepublik China und Myanmar und ist von einer Vielzahl indigener Stämme bewohnt. Laut der Volkszählung im Jahr 2011 bilden Christen mit rund 30 Prozent der Bevölkerung die größte Religionsgemeinschaft, gefolgt von indigenen Glaubensrichtungen und dem Buddhismus. Gegenüber CSW erklärte der APCF-Vorsitzende Mir Stephan Tarh dazu: „Das Argument der indigenen Glaubensgruppen ist, dass ihre traditionellen Praktiken ausgelöscht werden, weil die Menschen zur Kirche gehen.“ Die Behauptung sei aber nicht wahr. Die Christen hätten nach ihrem Glaubenswechsel lediglich den Animismus aufgegeben. Alle anderen traditionellen Praktiken bestünden fort. Während die Lebensart und Religion der indigenen Stämme gesetzlich geschützt sei, seien indigene Christen davon ausgenommen, beklagt Tarh. Seiner Ansicht nach verdienen sie aber denselben Minderheitenschutz. Das Anti-Konversionsgesetz könnte ihre Religionsfreiheit nun einschränken. So müssten künftig etwa Glaubensübertritte und Taufen von den Behörden bewilligt werden, sonst drohten beteiligten Geistlichen Strafen. In Indien gibt es derzeit in elf der 28 Bundesstaaten Anti-Konversionsgesetze. Menschenrechtler kritisieren sie aufgrund ihrer vagen Definition und Auslegung. Vor allem Hindu-Nationalisten missbrauchen die Gesetze zunehmend für falsche Beschuldigungen und Gewalt gegen die christliche Minderheit. Von den etwa 1,4 Milliarden Einwohnern Indiens sind 72 Prozent Hindus, 14 Prozent Muslime und fünf Prozent Christen. Der Rest gehört kleineren Religionsgemeinschaften an.

Indien: Staatsbeamter fordert die Todesstrafe für erzwungene religiöse Bekehrungen

International Christian Concern - Der Ministerpräsident des Bundesstaates Madhya Pradesh hat vor kurzem auf einer öffentlichen Veranstaltung erklärt, dass er die Todesstrafe für diejenigen fordern wird, die sich an erzwungenen oder betrügerischen religiösen Bekehrungen beteiligen.

Mohan Yadav gab diese Erklärung am 8. März in der Landeshauptstadt Bhopal ab und behauptete, der Staat habe das Recht, diejenigen, die an religiösen Zwangskonvertierungen beteiligt sind, auf die gleiche Weise zu bestrafen wie diejenigen, die Minderjährige vergewaltigen: mit der Todesstrafe.

„Religiöse Bekehrung wird nicht toleriert“, sagte Yadav unter Beifall.

Jerry Paul, nationaler Präsident der Sarva Isai Mahasabha (Allchristliche Föderation) in Bhopal, sagte, Yadavs Äußerungen machten es noch gefährlicher, in einem hindu-nationalistischen Staat, der für antichristliche Gewalt bekannt ist, Christ zu sein.

„Es ist, als würde man Öl ins Feuer gießen“, sagte Paul und fügte hinzu, dass Hindu-Aktivisten, die die regierende Bharatiya Janata Party (BJP) unterstützen, „eine Welle von gezielten Angriffen gegen unsere Leute und unsere Institutionen ausgelöst haben, indem sie ihnen religiöse Konversion vorwarfen.“

Paul fügte hinzu, dass Yadavs Äußerungen die Hindu-Nationalisten nur ermutigen werden, Christen anzugreifen.

Madhya Pradesh ist einer von 11 indischen Bundesstaaten, in denen Anti-Konversionsgesetze die religiöse Bekehrung durch Verführung oder Nötigung unter Strafe stellen. Im Jahr 2021 änderte der Bundesstaat sein Anti-Konversionsgesetz und fügte härtere Strafen hinzu, darunter Gefängnisstrafen von bis zu 10 Jahren für Verstöße.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Libanon: Von Unruhen zerrissen

Etwa ein Drittel der Bevölkerung des Libanon bezeichnet sich als Christen und sie leiden unter einem bewaffneten Konflikt, den sie nicht begonnen haben und haben keine Möglichkeit, ihn zu beenden. Hunderttausende wurden vertrieben, viele von ihnen suchen Schutz in Flüchtlingslagern im Nordwesten des Libanon. Sie haben Häuser, Ackerland, Kirchengebäude und Schulen zurückgelassen. Einige, haben sich jedoch entschlossen, zu bleiben, um ihr Eigentum zu schützen, das ihnen schon seit Generationen gehört.

Christliche Initiativen helfen mit dem Nötigsten, damit das Leben weitergehen kann und die besorgten Bürger etwas über den einen wahren Gott, auf den sie vertrauen können. Ein Christ sagte: „Diese Krisen sind immer offene Türen für geistlichen Einfluss. Wir lassen keine Gelegenheit aus, das Evangelium auf eine Weise zu vermitteln, die sie verstehen können und die echte Liebe zeigen.“

Bridgeway Publications vom 15. März 2025/ übersetzt und bearbeitet von AKREF

Myanmar: Feuer zerstört die St. Patrick's-Kathedrale

Banmaw (Fides) - Die Kathedrale in der birmesischen Stadt Banmaw im Staat Kachin wurde am Sonntag, den 16. März, am Vorabend des Festes des heiligen Patrick, nach dem sie benannt ist, durch ein Feuer zerstört.

Die Kathedrale wurde angeblich bei Einsätzen von Soldaten des „State Administration Council“, der Militärjunta, die derzeit die Macht in Myanmar ausübt, in Brand gesetzt.

Das Feuer brach laut Zeugenaussagen, am Sonntag, den 16. März, um 4 Uhr nachmittags aus. Das Haus des Priesters, das dreistöckige Gebäude, in dem die Büros der Diözese und die Schule untergebracht sind, war bereits am 26. Februar in Brand gesetzt worden.

Die 2006 gegründete und von Bischof Raymond Sumlut Gam geleitete Diözese Banmaw grenzt im Osten an China und erstreckt sich über ein weitgehend gebirgiges Gebiet von 10.741 Quadratkilometern. Vor der aktuellen Konfliktsituation lebte dort eine Zivilbevölkerung von mehr als 407.000 Menschen (davon mehr als 27.000 getaufte Katholiken), die verschiedenen ethnischen Gruppen angehören.

(PA/FB) (Fides 17/3/2025)

Nepal: Christliche Aktivitäten

(BLB Nepal) Zusätzlich zu den vielen mehrtägigen Evangelisationen, die das ganze Jahr über an verschiedenen Orten stattfinden, hat der Bibellesebund Nepal vor kurzem eine Reihe spezieller eintägiger Bibelstudienamps in ausgewählten strategischen Distrikten durchgeführt. Das speziell erstellte Buch Dainik Jyothi erwies sich als besonders hilfreich, um denjenigen, die keine Bibelschule besuchen können, die Bibel in einem nepalesischen Kontext zu erklären. Die Christen in Nepal wachsen weiter „in der Gnade und in der Erkenntnis unseres Herrn Jesus Christus“.

Bridgeway Publications 15 March 2025/ übersetzt und bearbeitet AKREF

Nigeria: Katholischer Seminarist ermordet

Nach der Entführung am 3. März: Seminarist ermordet, während der mit ihm entführte Priester freigelassen wurde

Abuja (Fides) - Der Seminarist, der am 3. März im Süden Nigerias zusammen mit einem Priester verschleppt worden war ([vgl. AKREF 5/3/2025](#)), ist ermordet worden, während der Priester freigelassen wurde.

Wie die Diözese Auchi mitteilte, wurde „Pfarrer Philip Ekweli von den Entführern am Donnerstag, den 13. März, gegen 16 Uhr in der Nähe des Dorfes Amughe, wenige Kilometer von der Stadt Okpekepe, in North Ibie in der Etsako East LGA des Staates Edo, freigelassen“.

„Leider wurde der 21-jährige Seminarist Andrew Peter, der zusammen mit Pfarrer Ekweli entführt worden war, von den Entführern ermordet“, heißt es in der Erklärung weiter, die von Pfarrer Peter Egielewa, dem Leiter der Medienstelle Diözese, unterzeichnet wurde.

Pfarrer Ekweli und der Seminarist Andrew wurden am 3. März gegen 21.30 Uhr aus dem Pfarrhaus der katholischen Kirche „St. Peter“ in Iviukhua-Agenebode in der Etsako East County im Staat Edo, entführt, als bewaffnete Männer sowohl in das Pfarrhaus als auch in die Kirche eindringen. Die beiden wurden in nahe gelegene Wälder verschleppt.

Die Diözese appelliert an die Sicherheitskräfte, die Menschen im Bundesstaat Edo vor den anhaltenden Entführungen zu schützen: „Der Bischof von Auchi, Gabriel Dunia, dankt allen für die Gebete und die moralische Unterstützung, die er während der Gefangenschaft von Pfarrer Ekweli und dem Seminaristen erhalten hat. Er fordert die Regierung auf allen Ebenen und die Sicherheitsbehörden auf, die sich verschlechternden Sicherheitsbedingungen im Bundesstaat Edo zu beenden, der zu einem sicheren Hafen für Entführer geworden ist, die ungestraft agieren können, während sich die Menschen hilflos und verlassen fühlen.“

„Die Menschen sind auf den Straßen, auf ihren Höfen und sogar in ihren Häusern nicht sicher“, so die Erklärung der Diözese. „Dies ist inakzeptabel, wenn es gewählte Verantwortliche gibt, deren Aufgabe es ist, die Menschen zu schützen. Der Bischof dankt der Regierung des Bundesstaates Edo für ihre aufrichtigen Bemühungen um die Wiedererlangung der entführten Personen, zeigt sich jedoch unzufrieden mit der Reaktion der Polizei, insbesondere bei den Bemühungen um die Freilassung, und fordert sie auf, bessere Maßnahmen zur Rettung der Entführten zu ergreifen, anstatt die gesamten Bemühungen allein den Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten der Entführten zu überlassen“.

Der Pressesprecher erinnert daran, dass „in den letzten zehn Jahren in unserer Diözese sechs Priester entführt, gefoltert und wieder freigelassen wurden, drei angegriffen wurden, aber entkommen konnten und einer (Pfarrer Christopher Odia, brutal ermordet wurde; nun wurde auch der Seminarist Andrew Peter ermordet“.

„Möge Gottes Barmherzigkeit die Seelen des Seminaristen Andrew Peter und von Pfarrer Christopher Odia und all jenen, die von Entführern in Nigeria getötet wurden, in Frieden ruhen lassen“, heißt es in der Verlautbarung abschließend.

(L.M.) (Fides 17/3/2025)

Syrien: Mit Gebet gegen Gewalt

Die Berichte aus dem Norden Syriens bewegen und erschüttern uns. Die Christen im Land brauchen unser Gebet, und das Eingreifen Gottes.

(AVC) Die Würde von Menschen wurde missachtet, ein Massaker an Minderheiten angerichtet. Unsere Quellen vor Ort berichten von grausamen Ereignissen, über die bereits auch in den öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland gesprochen wurde.

Die Ereignisse zeigen: Das Land braucht Jesus und Menschen, die für Notleidende und Verfolgte im Gebet und praktischer Nächstenliebe eintreten.

AVC ist seit über zehn Jahren im Norden Syriens humanitär und geistlich tätig. In dem Kurdengebiet sind Camps errichtet worden. Seit Wochen strömen Flüchtlinge aus allen Teilen Syriens hierher. Unsere Bäckerei produziert und verteilt täglich über 30 000 Brote. Vor unserer Kirche verteilen wir Essenspakete. Unsere mobile Klinik ist im Einsatz. Wir erleben dabei, dass unser Engagement und die vielen Gebete einen Unterschied machen. Das erfüllt uns mit Dankbarkeit.

Wir beten, dass

...Gott seine schützende Hand über die Christen hält,

...Frieden einkehrt,

...Menschen sich Jesus zuwenden.

Syrien: Muslime entführen und foltern möglicherweise Christen

Bedauerlicherweise hat die Verfolgung der Christen im syrischen "Tal der Christen" (Wadi al-Nasara), das überwiegend von ursprünglich aus Antiochia stammenden Griechen bewohnt wird, zugenommen.

([Gatestone Institute](#) von [Uzay Bulut](#) vom 15. März 2025 Englischer Originaltext: [Syria: Muslims Kidnapping, Possibly Torturing, Christians](#) - Übersetzung: Daniel Heiniger)

Bedauerlicherweise hat die Verfolgung der Christen im syrischen "Tal der Christen" (*Wadi al-Nasara*), das überwiegend von ursprünglich aus Antiochia stammenden Griechen bewohnt wird, zugenommen.

Nachdem Streitkräfte der mit al-Qaida verbundenen Terrorgruppe Hayat Tahrir al-Sham (HTS) Damaskus erobert und im Dezember 2024 das syrische Assad-Regime gestürzt hatten, forderten sie die Bewohner des Tals der Christen auf, alle zur Selbstverteidigung aufbewahrten Waffen abzugeben, und sagten ihnen, dass Zivilisten nicht zu Schaden kommen würden. Seit der Machtübernahme der Dschihadisten in Syrien sind jedoch rund 500.000 Christen im Land zunehmender Verfolgung und Entführung ausgesetzt.

weiterlesen unter [Syrien: Muslime entführen und foltern möglicherweise Christen :: Gatestone Institute](#)

Syrien: Open Doors - Kein „Völkermord an Christen“

Es gebe keine Beweise für solche Behauptungen im Internet

Kelkheim/Göttingen (IDEA) – Das überkonfessionelle Hilfswerk Open Doors Deutschland (Kelkheim bei Frankfurt am Main) warnt vor Online-Berichten über einen angeblichen „Völkermord an Christen“ in Syrien. Sie könnten die dortige Kirchen gefährden. Das geht aus einer Pressemitteilung der Organisation hervor. Am 6. März hatten Anhänger des früheren Machthabers Baschar al-Assad Sicherheitskräfte und Zivilisten mehrere Ortschaften in der Küstenprovinz Latakia angegriffen. Angehörige islamistischer Milizen schlugen daraufhin zurück. Es kam zu einem Massaker an der alawitischen Minderheit, der auch der nach Russland geflüchtete Assad angehört, mit mindestens 1.000 Toten. Laut Open Doors kursierten danach Behauptungen in den Sozialen Medien über einen angeblichen „Völkermord an Christen“ in Syrien. Laut dem Sprecher für den Nahen Osten und Nordafrika, Matthew Barnes, gibt es aber keine Beweise für einen größeren Angriff auf Christen. Er warnte vor den möglichen Auswirkungen solcher Gerüchte: „So etwas kann auf die Christen in Syrien zurückfallen.“ Er verwies dabei auf den Fall einer namentlich nicht genannten christlichen Nichtregierungsorganisation in Europa. Diese habe kürzlich Klage gegen den neuen Präsidenten Syriens, Ahmed al-Scharaa, eingereicht. Als Reaktion habe dieser einen Bischof der Konfession, der das Werk angehöre, vorgeladen. Falschmeldungen würden wahrscheinlich von der syrischen Übergangsregierung gelesen und könnten „schreckliche Auswirkungen“ auf die Christen im Land haben, so Barnes. Weiter erklärte er: „Viele Christen in der syrischen Mittelmeerregion haben Angst, dass die jüngsten Vorfälle eine neue Spirale der Gewalt auslösen könnten und dass sie ins Kreuzfeuer geraten.“ Sollten Gewalttaten wie das jüngste Massaker alltäglich werden, fürchtet der Syrien-Experte einen erneuten großen Exodus der Christen.

Anhaltende Angriffe auf Alawiten

Anzeichen für einen Völkermord an den Alawiten sieht der syrisch-katholische Erzbischof von Homs, Jacques Mourad, jedoch gegeben. Das äußerte er bei der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz im Kloster Steinfeld in der Eifel. Er bezeichnete das Massaker als „schreckliches Verbrechen“. Aus seiner Sicht trage dafür die syrische Übergangsregierung die Verantwortung. Er prangerte aber auch die Rolle der Türkei an. Auf der Höhe von Idlib seien die Grenzen nach Syrien offen. „Da kommen die Militärs, diese fanatischen Gruppen, durch, um diese Massaker zu verüben.“ Indes beklagte die Gesellschaft für bedrohte Völker (Göttingen) die andauernden Angriffe auf Alawiten an der syrischen Mittelmeerküste. Ihr Nahostreferent Kamal Sido äußerte: „Es gibt weiterhin Aufrufe zur Vernichtung der Minderheit.“ Er forderte die deutsche Bundesregierung dazu auf, Druck auf die syrische Übergangsregierung auszuüben. Sowohl Deutschland als auch die internationale Gemeinschaft müssten alles dafür tun, um einen Völkermord an der alawitischen Gemeinschaft in Syrien zu verhindern. „Deutschland steht in der Verantwortung, denn die Islamisten, die heute in Syrien an der Macht sind, wurden auch von Deutschland unterstützt“, so Sido. Gleichzeitig übte der Menschenrechtler scharfe Kritik an den neuen syrischen Machthabern, die den Minderheiten des Landes Schutz zugesichert hatten. Tatsächlich unterscheide sich der kursierende Entwurf der neuen Verfassung wenig von der unter Assad. Im Gegenteil: Sie bekräftige die Prinzipien der islamischen Gesetzgebung Scharia. Von einer Glaubensfreiheit spreche sie, wenn auch unter Vorbehalt, nur in Bezug auf die Buchreligionen – also dem Islam, dem Christen- und dem Judentum. Jesiden hätten unter einer solchen Verfassung kaum eine Möglichkeit der freien Glaubensausübung.

Syrien: Übergangsverfassung soll auf islamischem Recht beruhen

International Christian Concern - Nach einem kurzen Entwurfsprozess, der weniger als zwei Wochen dauerte, hat Syrien eine Übergangsverfassung angekündigt, die das Land in den nächsten fünf Jahren leiten soll.

Das Dokument soll als Rahmen dienen, während sich die Regierung auf reguläre Wahlen im Jahr 2030 vorbereitet. Es folgt auf einen nationalen Dialog im vergangenen Monat, an dem Vertreter aus dem ganzen Land teilnahmen, um den weiteren Weg zu diskutieren.

Die Analyse der Verfassungserklärung lässt darauf schließen, dass die frühere verbale Rhetorik über die Achtung der Rechte von Frauen und religiösen Minderheiten ein wichtiger Pfeiler der neuen Regierung geblieben ist. Dennoch konzentriert das Dokument die Macht auf den Präsidenten und respektiert ausdrücklich das islamische Recht.

„Die Religion des Präsidenten der Republik ist der Islam“, heißt es in Artikel III, und ‚die islamische Rechtsprechung ist die Hauptquelle der Gesetzgebung‘. Diese Formulierung ist etwas schärfer als die vorherige syrische Verfassung, in der das islamische Recht lediglich als eine Quelle unter anderen genannt wurde.

Dennoch erklärt die Verfassung auch den Schutz „aller göttlichen Religionen“ und garantiert das Recht der Menschen, ihre Religion auszuüben, solange diese Praktiken die öffentliche Ordnung nicht stören. Während die praktischen Auswirkungen dieser Bestimmung, so eingeschränkt sie auch sein mag, noch nicht erforscht sind, so scheint sie doch darauf hinzudeuten, dass die Regierung beabsichtigt, Christen und andere religiöse Minderheiten zu tolerieren.

Neben den Bestimmungen zum Schutz der Religionsfreiheit schützen andere Artikel eine Reihe von Menschenrechten, darunter das Recht der Frauen auf Bildung und Arbeit.

Die Ankündigung der Verfassung erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem Syrien von weit verbreiteter Gewalt betroffen ist, die sich auf die mehrheitlich von Alawiten bewohnten Gebiete im Westen des Landes konzentriert. Die Gewalt stellt eine ernsthafte Herausforderung für die Bemühungen der Regierung um die Einigung des Landes dar und deutet darauf hin, dass die seit langem bestehenden Spannungen zwischen den Gemeinschaften nicht so schnell abklingen werden.

Ahmed al-Sharaa, der neue Präsident Syriens, hat in vielen Erklärungen die Tugenden der religiösen Toleranz gepriesen und konkrete Schritte unternommen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Er ist jedoch nach wie vor ein bekennender Anhänger der salafistisch-dschihadistischen Ideologie und hat viel tiefere Wurzeln als ein Verfolger der Religion und nicht als Förderer ihrer freien Ausübung.

„Vielfalt ist unsere Stärke, nicht unsere Schwäche“, erklärte al-Sharaa in einem Edikt, als er Aleppo auf dem Weg nach Damaskus einnahm. Dennoch gingen Kämpfer der HTS Berichten zufolge in Damaskus von Tür zu Tür und fragten die Bewohner nach ihrem Glauben, was darauf hindeutet, dass die Religion weiterhin ein Spannungsfeld darstellt.

Ein Teil der widersprüchlichen Botschaften könnte in der Tatsache begründet sein, dass al-Sharaa und HTS sich schon immer in erster Linie auf den Widerstand gegen das Assad-Regime konzentriert haben, anstatt ihre eigene positive Vision für das Land deutlich zu machen.

Während die internationale Gemeinschaft abwartet, welche Art von Regierung das Assad-Regime ablösen wird, beobachten auch Hunderttausende religiöse Minderheiten in Syrien die Entwicklung.

Für sie ist die Achtung der Religionsfreiheit durch die neue Regierung eine äußerst ungewisse Sache, die sie persönlich betrifft.

Sollte al-Sharaa weiterhin Unterstützung für die Rechte von Christen und anderen signalisieren, wäre das ein grundlegender Wandel zum Besseren. Ein solches Ergebnis ist jedoch alles andere als garantiert, und ein Rückfall in seine alten Gewohnheiten, als er mit der Gruppe Islamischer Staat und al-Qaida zusammenarbeitete, wäre eine Katastrophe für diese ohnehin gefährdeten Gemeinschaften, die unter Assad so sehr gelitten haben.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org
Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Ukraine: Treffen mit den Müttern gefallener Soldaten

(Licht im Osten, Michail W. aus Poltawa berichtet) „Nach wie vor treffen wir uns jede Woche mit Vertriebenen zum Bibelstudium. Es ist ermutigend zu sehen, wie gern die Menschen zu den Bibelstunden kommen. Wir laden alle Teilnehmer ein, auch unsere Sonntagsgottesdienste zu besuchen. Einige kommen bereits regelmäßig dazu. Hier erleben sie, wie die Gemeinde Gott anbetet und verherrlicht. Es erfüllt uns mit besonderer Ehrfurcht, wenn jemand im Gottesdienst den Wunsch äußert, sich zu bekehren. Jede Bekehrung ist ein besonderes Wirken Gottes im Leben eines Menschen. So ging vor einem Monat eine Frau nach vorn und bedankte sich überschwänglich bei der Gemeinde für das Gebet für ihren Sohn. Er war im Krieg verwundet worden und ist nun wieder geheilt. Diese Frau hatte Anfang des Jahres den Dienst der mobilen Klinik in Poltawa besucht. Danach kam sie regelmäßig zum Gottesdienst. Und nun stand sie vor der ganzen Gemeinde, bedankte sich für die Gebete und sagte: ‚Ich möchte so sein wie Sie.‘ Ich fragte sie: ‚Wollen Sie sich bekehren?‘ Sie sagte: ‚Ja‘. Am letzten Montag im Dezember fragte eine andere Frau in der Bibelstunde: ‚Kann ich mich jetzt gleich bekehren oder muss ich bis zum Sonntagsgottesdienst warten?‘ Ich antwortete: ‚Ja, natürlich, das dürfen Sie gerade jetzt tun.‘ Eine andere Teilnehmerin wollte sich ebenfalls bekehren. Ich bat die Gruppe aufzustehen, und beide Frauen gingen nach vorn und bekehrten sich von ganzem Herzen. Gelobt sei Gott!“ Bitte beten Sie

☒ weiterhin um viel geistliche Offenheit bei den Binnenflüchtlingen in der Ukraine, dass noch viele ihre Herzen für Christus öffnen und sich auf ihn ausrichten.

☒ um Gottes Wirken durch alle weiteren Einsätze mit der mobilen Augenklinik, bei denen auch immer das Evangelium anhand einer Bilderausstellung erklärt wird.

„Außerdem hatten wir ein Treffen mit den Müttern gefallener Soldaten. Es waren vierzig Mütter. Sowohl den Witwen als auch den Müttern habe ich anhand unserer Bilderausstellung das Evangelium gepredigt. Das Bild der Kreuzigung erregte besondere Aufmerksamkeit bei den Teilnehmerinnen. Ich sagte zu ihnen, dass nur Gott wirklich mit ihnen mitfühlen könne, denn er war auf Golgatha dabei, als sein Sohn getötet wurde. Er habe das Herz von Maria, der Mutter Jesu, bewahrt. Und er könne auch ihre Herzen beschützen, wenn sie ihn um Hilfe bitten.“ **Bitte beten Sie**

☒ für alle Mütter und anderen Familienangehörigen von gefallenen Soldaten und im Krieg Getöteten, dass sie nicht verbittern, sondern Gott als ihren liebevollen und starken Tröster erfahren.

„Der blutige Krieg in der Ukraine geht weiter. Zerstörung, Schmerz, Leid und allgegenwärtiger Tod nehmen kein Ende. Unerträglicher Schmerz drückt das Herz zusammen beim Anblick unseres Landes, das verblutet, um sein Recht auf Leben zu verteidigen ... Gleichzeitig sind wir Zeugen von großen Taten und Segnungen Gottes.“ Bitte beten Sie

☒ um eine baldige Beendigung des Krieges, ohne dass die Ukraine in russische Unterdrückung gerät

USA: Satanische Botschaft in vandalisierter katholischer Kirche in Kansas vorgefunden

International Christian Concern - Bundes- und lokale Behörden untersuchen ein mögliches Hassverbrechen, nachdem eine katholische Kirche in Wichita, Kansas, mutwillig zerstört und eine satanische Botschaft hinterlassen wurde.

Nach Angaben der Polizeibehörde von Wichita fanden die Beamten, die am Samstagmorgen zu dem Einbruch in die katholische Kirche St. Patrick kamen, „erheblichen Vandalismus“, einschließlich Hassreden und Schäden an Statuen, Kerzen und Glas.

„Dieser verwerfliche Akt von Vandalismus wird nicht geduldet“, sagte Polizeichef Joe Sullivan. „Unsere Beamten und Ermittler haben unermüdlich daran gearbeitet, diesen Verdächtigen vor Gericht zu bringen.“

Am Sonntag verhaftete die Polizei von Wichita einen 23-jährigen Verdächtigen. Das FBI und das ATF unterstützen die Ermittlungen.

Die St. Patrick Church ist eine überwiegend von Latinos bewohnte Gemeinde in einem Arbeiterviertel im Zentrum von Nord-Wichita. Die Gemeindemitglieder konnten am Samstagabend und Sonntagmorgen keine Gottesdienste in der Kirche feiern.

„Es ist ekelhaft“, sagte Sullivan über den Angriff. „Es spielt keine Rolle, welche Konfession. An jedem Ort der Anbetung sollten sich die Menschen sicher fühlen, und sie sollten das Gefühl haben, dass dieser Ort respektiert wird.“

In einem Facebook-Posting erklärte die Katholische Konferenz von Kansas: „Eine satanische Website wurde an eine Wand gekritzelt. Dies ist das Gesicht des Bösen. Das ist dieselbe Art von Gruppe, die am 28. März auf dem Gelände des Kansas State Capitol ein satanisches Anbetungsritual abhalten wird.“

Der Verdächtige, Michael Gonzalez, wurde wegen Einbruchs, krimineller Schändung und krimineller Sachbeschädigung in das Gefängnis von Sedgwick County eingeliefert. Er wird auch wegen Missachtung des Gerichts und eines Verstoßes gegen die Bewährungsauflagen festgehalten. Nach Angaben des Kansas Department of Corrections ist Gonzalez wegen krimineller Bedrohung, krimineller Sachbeschädigung und Einbruchdiebstahls in Saline County auf Bewährung.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]